

Staab legt nicht nur die erste umfassende empirische Analyse der chilenischen Sozialpolitikreformen seit der Transition vor, sondern trägt ebenso zur Weiterentwicklung des Programms feministischer Institutionenforschung bei. Sie zeigt auf, dass auch Reformprojekte, die explizit mit dem Anspruch einer Geschlechterreform starten, im Kontext von konservativen AkteurInnenkonstellationen und bürokratischen Traditionen sogar zu einer gegenteiligen Wirkung führen und Geschlechterungerechtigkeit verfestigen können. Der angelegte Fokus auf Mechanismen des Umgangs mit Institutionen hätte in Staabs Studie noch durch die Analyse der Legitimierung der Reformen gestärkt werden können, was aber eines stärkeren regimetheoretischen Zugangs bedurft hätte.

Silke Staab, 2017: *Gender and the Politics of Gradual Change. Social Policy Reform and Innovation in Chile*. Reihe Gender and Politics. New York: Palgrave Macmillan. 254 S., ISBN 978-3-319-34155-2.

Johanna Kantola, Emanuela Lombardo (Hg.)

Gender and the Economic Crisis in Europe. Politics, Institutions and Intersectionality

ALEXANDRA SCHEELE

Vor knapp zehn Jahren löste die Insolvenz der Bank „Lehman Brothers“ in den USA eine weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise aus. Diese Krise, die sich wellenförmig zunächst auf die Realwirtschaft und den Arbeitsmarkt ausbreitete, sich dann in zahlreichen Staaten zu einer Fiskalkrise entwickelte, auf die mit austeritätspolitischen Maßnahmen reagiert wurde, und schließlich in einer politischen Krise sowohl in einigen Nationalstaaten als auch auf der Ebene der Europäischen Union mündete, ist – so auch der Ausgangspunkt dieses Sammelbandes – in mehrfacher Hinsicht vergeschlechtlicht.

Johanna Kantola und *Emanuela Lombardo* identifizieren in ihrer Einleitung fünf unterschiedliche Zugänge, mit denen diese Vergeschlechtlichungsprozesse analysiert werden können (3ff.): (1) „Frauen und Krise“ – Darunter fassen sie jene Analysen, die die Auswirkungen der Krise sowie der nachfolgenden Austeritätspolitik auf Frauen und Männer untersuchen und darüber hinaus der Frage nachgehen, inwieweit die Unterrepräsentation von Frauen in politischen und wirtschaftlichen Entscheidungspositionen und die Krisenursachen miteinander in Verbindung stehen. (2) „Geschlecht und Krise“ – In dieser Perspektive wird der Blick auf vergeschlechtlichte Institutionen und Vergeschlechtlichungsprozesse ebenso gerichtet

wie auf Verschiebungen in den europäischen Gender-Regimes in Folge veränderter EU-Gleichstellungspolitik. (3) Mit der „dekonstruktivistischen Perspektive“ werden die diskursiven Prozesse analysiert, durch die Krisen überhaupt als solche definiert werden. In dieser Perspektive wird weiter untersucht, inwiefern bestimmte Krisenerzählungen, z.B. essentialistische Deutungen, nach denen Frauen in Finanzangelegenheiten umsichtiger agieren als Männer, dazu führen, Geschlechterzuschreibungen zu verstärken und zugleich bestimmte Krisenpolitiken vor anderen zu präferieren. (4) Ansätze, die eine „intersektionale Perspektive“ für die Analyse der Krise einnehmen, untersuchen, welche Auswirkungen die Krise auf unterschiedliche Bevölkerungsgruppen hat. Darüber hinaus zeigen sie, wie in Protesten gegen die Krise auch Grenzen zwischen einer „Wir“- und „Ihr“-Gruppe gezogen werden, bei denen insbesondere die Herkunft thematisiert wird. (5) Schließlich gäbe es einen Zugang, den die Herausgeberinnen als „Post-Dekonstruktion von Geschlecht und Krise“ bezeichnen und in dem die Materialität von Geschlecht eine neue Bedeutung jenseits essentialistischer Zuschreibungen erhält. Ansätze, die diesem Strang zuzuordnen sind, untersuchen die Rolle von Affekten, Emotionen und körperlicher Materialität im Zusammenspiel von Geschlecht und Politik. Emotionen werden nicht als individuelles, vopolitisches Moment begriffen, sondern vielmehr als gesellschaftlich und als Teil von Machtbeziehungen.

„It is surely not a good period for gender equality“ – so lautet die Einschätzung eines Mitgliedes der High Level Group on Gender Mainstreaming der Europäischen Union. Mit diesem Zitat beginnt *Sophie Jacquot* (27) ihren Beitrag über die europäische Gleichstellungspolitik seit der Unterzeichnung der Römischen Verträge im Jahr 1957. Das von Alison Woodward als „Velvet Triangle“ bezeichnete Bündnis aus gleichstellungsorientierten Politikerinnen, Wissenschaftlerinnen und Expertinnen sowie Vertreter_innen von Nichtregierungsorganisationen wurde im Zuge der Krise in Frage gestellt, und zwar indem die Bedeutung und der Einfluss der einzelnen Akteur_innen Stück für Stück geringer geworden ist. Der Umbau der EU-Gleichstellungspolitik folge – so Jacquot – in der Form eines langsamen Aussterbens, das jedoch nicht allein durch die ökonomische Krise und die damit verbundenen Budgetkürzungen verursacht wurde. Vielmehr gäbe es keine Bereitschaft der EU-Mitgliedsstaaten, mehr gemeinsame Gleichstellungsstandards zu setzen. Zudem habe die Orientierung politischen Handelns an Effizienzkriterien einerseits und die Beförderung des Wettbewerbs um knappe Ressourcen zwischen den zentralen Akteur_innen andererseits einen Prozess des Wandels zu einem Prozess des Abbaus gemacht. Diese sehr kritische Einschätzung der EU-Politik im Bereich der Gleichstellung wird auch von anderen Autorinnen des Bandes geteilt. Mit unterschiedlichen Akzentsetzungen zeigen die Beiträge, dass die letzten zehn Jahre seit Beginn der ökonomischen Krise weder für Frauen noch für Geschlechtergleichstellung im Allgemeinen positive Folgen hatte. Im Gegenteil, Austeritätsmaßnahmen haben – wie z.B. *Stefanie Wöhl* in ihrer Auseinandersetzung mit Irland zeigt – den bereits begonnenen neoliberalen Umbau weiter verschärft. In Folge der Privatisierungspolitik sei in Ir-

land die Zahl der von Armut betroffenen Personen deutlich gestiegen, was vergeschlechtlichte Folgen hat: Frauen sind häufiger in Niedriglohnbeschäftigung oder Teilzeitbeschäftigung und die finanzielle Förderung von Betreuungs- und öffentlichen Einrichtungen wurden deutlich reduziert.

Der intersektionale Blick steht im Zentrum des Beitrages von *Akwugo Emejulu* und *Leah Bassel*, die den Einfluss der Krise auf weibliche Minderheiten in Frankreich, Schottland und England untersuchen. Sie zeigen auf der Basis einer qualitativen Studie, dass minority women in den öffentlichen Diskursen um soziale und ökonomische Ungleichheit in Folge der Krise meist ausgeblendet werden, jedoch dann in den Blick genommen werden, wenn die soziale Ordnung, wie es beispielsweise im Kontext der Unruhen in 2011 in London der Fall war, gestört wird. Darüber hinaus zeigen die Autorinnen, dass diese Frauen bereits vor ‚der Krise‘ mit routinisierten Krisen zu tun gehabt hätten, nämlich den normalen, täglichen und institutionalisierten Ungleichheiten, die auf der Verschränkung von Geschlecht, race, Klasse und legalen Status basieren. Die Austeritätsmaßnahmen haben die ohnehin prekäre soziale Absicherung dieser Frauen weiter verschlechtert. Obwohl sich die interviewten Frauen in den sozialen Protestbewegungen im Kontext der europäischen Krisenpolitiken nicht vertreten fühlen, sind sie doch alles andere als passiv. Viele sind in sozialen Unternehmen als „enterprising actors“ (200) tätig, wo sie – zumindest in England und Schottland – in der Lage sind, Anwaltschaft und Aktivismus zu entwickeln.

Der Band bietet einen gelungenen Überblick über die vielfältigen feministischen Analysen zum Zusammenhang von Krise und Geschlecht in Europa. Durch die dichte und gut strukturierte Einleitung der Herausgeberinnen und die Systematisierung der verschiedenen Zugänge zum Thema ergibt sich ein schlüssiger roter Faden durch die einzelnen Beiträge. Etwas bedauerlich ist einzig, dass es vergleichsweise viele Beiträge zum Umbau der EU-Gleichstellungspolitik gibt (Sophie Jacquot, Rosalind Cavaghan, Elaine Weiner/Heather MacRae und Roberta Guerrina), während vergleichende Beiträge, die zwei oder mehr Länder in den Blick nehmen, kaum vertreten sind.

Johanna Kantola, Emanuela Lombardo (Hg.), 2017: *Gender and the Economic Crisis in Europe. Politics, Institutions and Intersectionality*. Cham: Palgrave Macmillan. ISBN 978-3-319-50777-4, ISBN 978-3-319-50778-1 (eBook).